

BURKHARD BALZ

Mitglied des Europäischen Parlamentes

4. Februar 2011

Rede zum Grünkohlessen CDU Salzhemmendorf

(es gilt das gesprochene Wort)

Warum die EU die Finanzmärkte regulieren muss

Sehr geehrter Herr Füllberg,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich danke Ihnen für die Einladung 27. Grünkohlessen der CDU Salzhemmendorf, und dass ich hier zum Thema **“Warum die EU die Finanzmärkte regulieren muss”** sprechen darf.

Wie Sie wissen, bin ich im Europäischen Parlament Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung.

Nach wie vor kämpfen wir dort vor allem mit der Wirtschafts- und Finanzkrise und nach wie vor werden die wirtschaftlichen, finanziellen und eben in zunehmendem Maße auch die politischen Aktionen von der Krise dominiert. Die Finanz- und Wirtschaftskrise begann vor gut zwei Jahren mit der so genannten „Sub-prime-Kreditkrise“ in den USA und erreichte einen ersten Höhepunkt mit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers und dem anschließenden Tumult an den Finanzmärkten. Die Krise, die zuerst eine reine Finanzkrise war, weitete sich zu einer Wirtschaftskrise aus und erfasste in einer zweiten Welle auch die Realwirtschaft. Die Regierungen, die Zentralbanken und die EZB mussten auf die schwerste Krise seit den 1930er Jahren reagieren. Sinkende Steuereinnahmen und krisenbedingt steigende Sozialausgaben führten zu einer Verschuldung der öffentlichen Haushalte. Zusätzliche haushaltstechnische Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft trugen zu dieser Verschuldung bei, sind aber nicht deren Hauptursache.

In der Zwischenzeit hat die steigende Verschuldung die Regierungen in der gesamten EU dazu gebracht, weitreichende Sparmaßnahmen zu beschließen. Diese Pakete sind erforderlich und in manchen Fällen sogar überfällig. Doch sie führen zu erheblichen Beschränkungen der

Handlungsfähigkeit der Regierungen und drohen in einigen Ländern die Fähigkeit der Regierungen zur Förderung der wirtschaftlichen Erholung zu untergraben. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich daher im Zuge einer dritten Welle auch noch zu einer öffentlichen Schuldenkrise ausgeweitet. Wir wurden durch den irischen Fall nur zu deutlich daran erinnert, dass das Problem der Überschuldung von Mitgliedstaaten keineswegs mit der Nothilfe an Griechenland gelöst ist. Auch Portugal und Spanien sind noch nicht auf sicherem Grund. Sie könnten die nächsten Kandidaten für eine Hilfsleistung der anderen Euroländer sein.

Dabei ist ein Ende des Euro nach wie vor indiskutabel, dies wäre auch das Ende der EU. Natürlich haben die Ereignisse in Griechenland und anderen Ländern des Eurogebietes komplexe Ursachen und die Probleme sind teilweise auch hausgemacht. Dennoch können wir diese Länder nicht allein lassen. Wenn Griechenland, Irland oder vielleicht demnächst auch wieder Portugal taumeln, ist das ganze Eurogebiet von diesen Ereignissen betroffen. Wir haben eine gemeinsame Währung, damit aber werden Probleme eben auch gemeinsame Probleme. Ob wir wollen oder nicht, wir können die betroffenen Länder nicht "untergehen" lassen. Daher haben die Euroländer im Frühjahr das Hilfsprogramm für Griechenland über 110 Mrd. Euro aufgesetzt und danach die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) als befristeten Rettungsfonds bis Ende 2013 gegründet. Irland ist das erste Land, das diesen Fonds in Anspruch nimmt. Irlands Probleme sind jedoch anders als bei Griechenland nicht die Staatsfinanzen, es sind die Bankbilanzen. Beides hängt allerdings eng zusammen, da das Land nach der Finanzkrise eine umfassende Staatsgarantie für seine Geldinstitute abgab - ohne zu ahnen, welche Löcher sich da tatsächlich auftun könnten. Um fünf Banken zu retten, hat der irische Staat bereits 62 Mrd. Euro ausgegeben. Das Geld reicht jedoch nicht, der Rekapitalisierungsbedarf der Banken liegt noch höher. Gleichzeitig hat sich dadurch die Neuverschuldung des Landes in diesem Jahr auf 32 % des BIP erhöht - zehnmal so viel, wie im Stabilitäts- und Wachstumspakt erlaubt. Die Rendite für die zehnjährigen irischen Anleihen war auf über acht Prozent gestiegen. Dieses Zinsniveau schloss das Land de facto von der Refinanzierung über die Kapitalmärkte aus. Daher hat sich die irische Regierung nach längerem Zögern doch noch an den EFSF gewandt. Die Vergabe der Hilfsmittel ist nun an ein strenges Reformprogramm geknüpft, das die irischen Finanzen mittelfristig wieder auf eine solide Basis stellen soll. Die Gewährung der Hilfe an Irland sollte ein Überschwappen der Finanzierungsprobleme auf andere EU-Staaten wie Portugal und Spanien verhindern. Doch bleiben die Märkte skeptisch. Schon die Errichtung des Schutzschirms EFSF sollte eigentlich die Lage in der Eurozone so entspannen, dass er erst gar nicht in Anspruch genommen werden müsste. Bis zu seinem Auslaufen 2013 sollten die PIIGS-Staaten - das sind Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien - ihre Finanzen saniert haben, so dass sie sich

wieder Geld zu realistischen Zinsen besorgen könnten. Stattdessen hat sich die Lage seit der Errichtung des EFSF für viele Länder immer mehr zugespitzt.

Die Probleme im Markt für Staatsanleihen in der Eurozone sind nicht länger auf einige wenige Mitgliedstaaten begrenzt, sondern sind systemischer Natur geworden. Gleichzeitig werden allein im ersten Quartal 2011 im Euroraum rund 465 Mrd. Euro Staatsanleihen fällig. Vor diesem Hintergrund scheint anhaltendes Misstrauen der Märkte über die Nachhaltigkeit der Staatsschulden durchaus nachvollziehbar. Die Spannungen im Markt für Anleihen drohen zudem, breitere wirtschaftliche Auswirkungen zu entwickeln. Die Sparpakete mit ihren Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen drohen die Binnennachfrage und die Wirtschaftstätigkeit einzuschränken und die Wirtschaftsentwicklung weiter zu bremsen. Damit ist die Frage berechtigt, ob der EFSF als Maßnahme ausreicht und wie es nach 2013 weitergeht.

Deshalb haben die Staats- und Regierungschefs der Euroländer Ende November 2010 den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) beschlossen, der ab 2013 in den EFSF ablösen soll. Dieser Mechanismus wird den EFSF dauerhaft ersetzen und damit das neue Rahmenwerk zur verstärkten wirtschaftlichen Koordinierung in der EU ergänzen. Im Wesentlichen wird der ESM die Funktionsweisen des EFSF übernehmen, jedoch wird er eine Möglichkeit zur Einbindung des Privatsektors umfassen. Damit zieht die Eurozone eine Leere aus den bisherigen Rettungen. Im irischen Fall hatten europäische Banken und ausländische Gläubiger massiv in Irland investiert, insgesamt halten sie schätzungsweise 731 Mrd. Euro Forderungen gegenüber Irland. Würden diese nicht bedient, könnten dabei auch deutsche Banken ins Trudeln geraten: Von den 130 Mrd. Euro Liquiditätshilfe, die irische Adressen zuletzt von der EZB in Anspruch genommen haben, entfielen rund 35 Mrd. auf die irische Depfa, die Tochtergesellschaft der deutschen, verstaatlichten Hypo Real Estate. Gewinner der Hilfe für Irland waren daher zuallererst die Gläubigerbanken, deren Bilanzen vor Kreditverlusten verschont bleiben. Mit dem ESM wird dann von Fall zu Fall über die Einbeziehung des Privatsektors entschieden werden.

Doch gilt der ESM eben erst ab 2013 - gleichzeitig werden aber zunehmend Stimmen laut, die sich für eine Aufstockung des gegenwärtigen EFSF aussprechen. Denn obwohl dieser nominell über 750 Mrd. Euro verfügt, stehen de facto weit weniger Mittel zur Verfügung. Allein die Euroländer sichern nominell 440 Mrd. Euro. Doch da die Mittel stark überschuldet werden mussten, damit der Fonds ein gutes Rating (AAA) an den Märkten erhält, können davon de facto maximal 250 Mrd. Euro vergeben werden.

Nach der Hilfe für Irland wären daher noch genug Mittel für eine mögliche Hilfe für Portugal vorhanden, doch schon für den Fall, dass auch Spanien Kredite benötigen würde, stieße der Fonds an seine Grenzen. Die Mittel könnten letztlich auf zwei Weisen erhöht werden. Zum einen könnten die Euro-Staaten die Gesamthöhe des Fonds erweitern. Zum anderen könnten sie gemeinsam für die gesamten Mittel haften und so ein hohes Rating für die vollständigen 440 Mrd. Euro sichern. Während die erste Variante bedeuten würde, dass noch mehr Geld in den Fonds fließen müsste, liefe die zweite Variante auf die Einführung einer Euro-Anleihe hinaus. Beides hat die Bundesregierung bislang vehement zu verhindern versucht. Denn während die Südstaaten der Eurozone auf weitere Hilfe hoffen, sahen sich die nördlichen Staaten mit Deutschland an der Spitze bislang als Verteidiger einer Stabilitätskultur und wollten verhindern, dass die Währungsunion zu einer Transferunion wird - in der Deutschland den größten Anteil zu zahlen hätte.

Ich dagegen halte die Schaffung von gemeinsamen Euro-Anleihen für eine durchaus interessante Idee. Euroländer würden dabei einen Teil ihrer Schulden über Gemeinschafts-Anleihen finanzieren, die kollektiv garantiert werden, für Schulden oberhalb einer gewissen Grenze bliebe jeder selbst verantwortlich. Staaten mit hoher Kreditwürdigkeit wie Deutschland oder die Niederlande wehren sich bisher gegen solche Bonds. Sie sehen dafür keine rechtliche Grundlage. Zudem besteht die Gefahr, dass die Euro-Länder - und gerade die schwachen Länder - keinen Anreiz mehr hätten, ihre Finanzen in Ordnung zu bringen: Wenn alle für alle einstehen, ist der einzelne versucht, seinen Haushalt schleifen zu lassen. Zudem könnten Zinskosten für Länder mit guter Haushaltsdisziplin deutlich steigen. Doch zeigt die Eurokrise, dass es einen solidarischen Beistand in der Eurozone über den EFSF hinaus geben muss. Eurobonds könnten vielleicht eine Möglichkeit sein, diesen Beistand auf vernünftige Weise mit der Marktdisziplin zu verbinden. Mit dem EFSF sind die Euroländer immerhin nahe an den Gedanken der Eurobonds gerückt und mit der Zweckgesellschaft des EFSF gibt es zumindest eine rechtliche und technische Blaupause für gemeinschaftliche Emissionen zur Deckung des regulären Finanzbedarfs am Anleihemarkt. Würden Eurobonds außerdem nur eine Verschuldung bis zu 60% Prozent des BIP decken - was die Höchstgrenze des Maastricht-Vertrags ist - könnten sie sogar eine gewisse disziplinierende Funktion bekommen: Müssten Euroländer für mehr Schulden dann selbst aufkommen, würden Investoren für diese einzelstaatlichen Bonds dann hohe Zinsen verlangen. Auch ist umstritten, ob die Zinsen für gut bewertete Länder wie Deutschland wirklich zwangsläufig steigen müssten. Doch würden gemeinsame Schulden auch eine gemeinsame Schuldenpolitik benötigen. Damit würden erhebliche Herausforderungen an die politische Koordinierung gestellt.

Seit einiger Zeit zirkulieren nun auch Vorschläge des Bundeskanzleramts und des Bundesfinanzministeriums, die einen "Pakt für Wettbewerbsfähigkeit" schaffen wollen. Diese kommen einer Kehrtwende der bisherigen Position der Bundesregierung gleich. Damit soll nun ein grundlegender Konstruktionsfehler der Währungsunion behoben werden und eine gemeinsame Wirtschaftspolitik geschaffen werden. Die Euro-Staaten sollen ihre Wirtschaftspolitik künftig weit enger abstimmen, als bisher. Die Staaten sollen unter anderem ihre Steuern angleichen, die Renteneintrittsalter und die Lohnniveaus anpassen, Bildungs- und Berufsabschlüsse gegenseitig anerkennen und eine Schuldenbremse nach deutschem Vorbild einführen. Auch Sanktionen sollen möglich sein. Und das alles soll in den nächsten 12 Monaten geschehen. Nur wenn die anderen Euroländer diesem Pakt zustimmen, will die Bundesregierung zusätzliche Garantien für den EFSF akzeptieren.

Der Zeitplan von 12 Monaten erscheint mir jedoch sehr unrealistisch. Bedenkt man zum Beispiel, wie hitzig die Debatte um das Renteneintrittsalter allein in Deutschland geführt wurde, erscheint es mir kaum vorstellbar, dass in nur einem Jahr eine Einigung aller Euroländer hierzu erreicht werden kann. Auch ist bisher nicht bekannt, wie Sanktionen aussehen könnten oder von wem sie durchgesetzt werden könnten, ohne dass sie Gefahr laufen, politisch instrumentalisiert zu werden. Dennoch begrüße ich den deutschen Vorschlag.

Denn ich denke, wir müssen uns dringend überlegen, wie wir zukünftige Schuldenkrisen vermeiden. Die Probleme der momentan betroffenen Staaten mögen zwar zu einem großen Teil hausgemacht sein, doch hätte eigentlich die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) verhindern sollen, dass es zu diesen Problemen kommen konnte. Die WWU hat somit also nicht so funktioniert, wie es eigentlich geplant war, die Grundsätze des Stabilitäts- und Wachstumspaktes wurden nicht in allen Fällen beachtet. Außerdem hat die Krise gezeigt, dass die WWU in der Vergangenheit schlecht ausbalanciert gewesen ist. Die fehlende Integration der Wirtschaftspolitiken innerhalb der Währungsunion machte die unkontrollierte Entwicklung erheblicher wirtschaftlicher Ungleichgewichte zwischen den Ländern des Euroraums möglich. Dies alles muss nun behoben werden. Das Eurogebiet muss seine Ungleichgewichte auflösen. Hierzu ist eine stärkere Koordinierung unverzichtbar. Die Europäische Kommission hat daher am 29. September 2010 Vorschläge für die Reform der Economic Governance vorgelegt, die nun im Europäischen Parlament beraten werden. Die Vorschläge von Bundeskanzleramt und Bundesfinanzministerium sind eine gute Ergänzung hierzu.

Bereits abgeschlossen ist dagegen die Reform der aufsichtsrechtlichen Bestimmungen der EU. Die Krise hat deutlich gemacht, dass die Finanzmärkte systemischen Risiken ausgesetzt sind, die bislang

unbeachtet geblieben waren. Die Europäische Union baut daher nun einen Europäischen Ausschuss für Systemrisiken (ESRB) auf, der für die Finanzaufsicht auf Makroebene innerhalb der EU zuständig sein wird. Bei allem Bestreben nach Regulierung sollten wir meiner Ansicht nach aber nicht die enge Beziehung zwischen der Finanzwirtschaft und der Realwirtschaft außer Acht lassen. Wenn wir die Finanzwirtschaft regulieren – was unter vielen Aspekten notwendig ist – dann wird dies auch die Realwirtschaft betreffen. Dabei sollten wir auch bedenken, dass die Finanzwirtschaft eine globale Wirtschaft darstellt und dass die Finanz- und Wirtschaftskrise ein weltweites Phänomen ist. Wir müssen deshalb die Empfindlichkeit des Finanzsystems auf weltweiter Ebene verringern, und die Lehren aus der Krise müssen auf globaler Ebene gezogen werden, um die Qualität des Risikomanagements und die Transparenz der Finanzmärkte zu verbessern. Die internationale, vor allem aber auch die transatlantische Zusammenarbeit ist deshalb von entscheidender Bedeutung. Hier wird die EU jedoch nur eine Chance zur Durchsetzung haben, wenn sie geschlossen und mit einer Stimme spricht. Nationale Egoismen sind angesichts der Verflechtung des Binnenmarktes und des Finanzmarktes nicht nur unangemessen und kurzsichtig, sondern können sogar kontraproduktiv wirken. Die Überarbeitung des finanzpolitischen Regelungsrahmens kann zusammen mit einem strukturellen Reformprozess das Eurogebiet letztlich stärken. Dies stellt eine große Herausforderung dar, falls es uns aber gelingt, kann das Eurogebiet sogar noch gestärkt aus der Krise hervorgehen. Wir müssen die richtigen Lehren aus der Krise ziehen, wir müssen die WWU neu austarieren, wir brauchen mehr Transparenz und ein besseres Risikomanagement an den Finanzmärkten und wir müssen das öffentliche Vertrauen wiederherstellen. Dies ist wie gesagt eine große Herausforderung, doch hat die Europäische Union in ihrer bisherigen Geschichte stets bewiesen, dass sie sich am besten dann weiterentwickelt, wenn sie sich Herausforderungen gegenüberstellt.

Diese Krise stellt deshalb auch eine Chance dar.

Diese Chance sollten wir nutzen.

[...]

Herzlichen Dank!